

Postdemokratie

Gemeingefährliche Regierungsmethoden

Die Abdankung des Volkssouveräns zugunsten der vermeintlich überlegenen Weisheit von Beamten, Experten, Gutachtern, Kommissionen und Richtern macht uns unzufrieden, mehr aber auch nicht. Wir müssen wohl davon ausgehen, dass die Entdemokratisierung der Politik auf irgendeine Weise mit unserer Einwilligung geschieht. Höchste Zeit also für die Überwindung der politischen Ohnmacht.

Von Michael Hirsch

Wir leben in einem autoritären Staat. Die offizielle Selbstbeschreibung des Neoliberalismus lautet zwar „weniger Staat“, aber der Blick auf die Realität zeigt eher ein Anwachsen staatlicher Kontrolle in den meisten gesellschaftlichen Bereichen. Wenn von einer Erosion der liberalen Demokratie gesprochen wird, dann sollten wir bei den konkreten menschlichen Befindlichkeiten beginnen.

Wilhelm Heitmeyer hat die *Deutschen Zustände* auf den Begriff einer „wutgetränkten Apathie“ gebracht, das ist mehr als eine griffige, etwas pathetische Wendung. Es ist eine gelungene Charakterisierung des herrschenden Bewusstseinsmodus in der Bevölkerung: Es gibt eine wachsende Unzufriedenheit mit der Politik, mit der Wirtschaft, mit den Arbeits- und Entlohnungsverhältnissen, mit der Bildung, mit den konkreten Lebensperspektiven der Einzelnen. Aber diese Unzufriedenheit wird nicht politisch. Die negativen Affekte der bestehenden Gesellschaft und ihren Zuständen gegenüber bleiben meistens privat und unterhalb der Schwelle der politischen Artikulation und der politischen Willensbildung.

Woran liegt dies? Offenbar haben sich viele mit der Folgenlosigkeit ihrer Unzufriedenheit abgefunden.

Der Prozess der Entdemokratisierung ist ein Prozess der Entpolitisierung der Politik. Wir erleben den Übergang zu einem System, in welchem private Interessenverbände, trans- und internationale Behörden, *private gover-*

nance regimes aller Art und schließlich nationale und internationale Gerichte immer mehr Entscheidungsbefugnisse an sich ziehen. Postdemokratisch ist die Abdankung des Volkssouveräns zugunsten der vermeintlich überlegenen Weisheit von Beamten, Experten, Gutachtern, Kommissionen und Richtern bei der Definition des Gemeinwohls.

Postdemokratisch ist aber nicht nur der veränderte Modus politischer Entscheidungen, sondern auch die zunehmende Abwälzung ungelöster sozialer Probleme auf die Einzelnen und ihre privaten Überlebensstrategien und Überlebenskämpfe.

Wie ist dieses System entstanden, das wichtige gesellschaftliche Entscheidungen immer mehr auf demokratisch nur schwach legitimierte Instanzen verschiebt und den offiziellen politischen Repräsentanten dann die Aufgabe überlässt, Legitimation zu Entscheidungen zu erzeugen, die anderswo getroffen wurden? Der Eindruck einer ‚schwachen Regierung‘ ist in einer wesentlichen Hinsicht trügerisch. Zwar kann ein Mangel an politischer Führung beobachtet werden; aber er ist eher ein Ausdruck der Tatsache, dass die politische Meinungs- und Willensbildung sich aus dem öffentlichen Bereich der Politik in semiprivaten Bereiche der Beratung und Verhandlung verlagert hat. Und diese Regierungs- und Nichtregierungsinstanzen regieren durchaus kräftig.

Offensichtlich gewöhnen wir uns daran, dass gesellschaftliche Richtungsentscheidungen (wie die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik oder die Bildungs- und Forschungspolitik) in Expertengremien getroffen und anschließend vom Parlament nur noch ratifiziert werden. Die politischen Entscheidungen werden bei diesem Verfahren weniger als Resultate einer politischen Meinungs- und Willensbildung dargestellt, sondern als Ergebnisse sachlicher Überlegungen von vermeintlich unabhängigen Beratern. Die Repräsentanten dieser Art des Regierens sind der Sachverständigenausschuss, der Think Tank und das Beratungsunternehmen.

Viele Beobachter unterschätzen dabei den Anteil des Staates an dieser Form des neoliberalen Regierens. Die Ausschüsse und Kommissionen wie die Hartz-Kommission oder der Wissenschaftsrat sowie die von ihnen vorgelegten Berichte werden vom Staat anerkannt und autorisiert und dann zum Teil mittelbar, zum Teil unmittelbar in Gesetzesform gegossen. Nur so können Meinungen, die zunächst einmal nur irgendwelche Gutachter-Urteile waren, politische Macht erlangen.

Aber warum konnten die Berichte und Empfehlungen von PISA und Bologna zu unangefochtenen Richtlinien nationaler Politik werden und binnen kürzester Zeit gewaltige Umwälzungen in der deutschen Bildungs- und Hochschullandschaft auslösen? Warum hat man erst dann Widerstand geleistet, als es zu spät war? Offensichtlich handelt es sich hier um ein Phänomen der nachträglichen Kommentierung eines *fait accompli*. Gerade an den deutschen Schulen und Hochschulen (also gerade an denjenigen Orten, an denen die jungen Menschen erzogen und geprägt werden), sowohl unter Lernenden wie unter Lehrenden, herrscht heute eine Gefühlslage, die mit „wutgetränkter Apathie“ ganz gut beschrieben ist.

Dieses Regime könnte nicht so gut funktionieren, wenn wir selbst nicht mitspielen würden. Offensichtlich gibt es hier eine Art mehr oder weniger stillschweigender Zustimmung. Wie wird sie produziert und organisiert?

Einer genialen Begriffsprägung Pierre Bourdieus zufolge ist der Staat nicht nur, wie in Max

Webers klassischer Definition, der Inhaber des Monopols legitimer physischer Gewalt. Er besitzt auch – solange das demokratische Volk es ihm gestattet – das Monopol symbolischer Gewalt. Mit anderen Worten: Die Realität, in der wir leben, die Mentalitäten und Normalitäten, die Bilder und Vorstellungen von uns selbst und von anderen, sind staatlich vermittelt und produziert. Der aktivierende Sozial-, Bildungs- und Polizeistaat der Gegenwart ist in dieser Hinsicht ein überaus aktiver Staat. Er produziert soziale Realität und Mentalität. In der Sozialpolitik des „Förderns und Forderns“ erzeugt er ein neues Bild des aktiven Staates und mit ihm zugleich eine neue Verantwortungszuschreibung, welche die Subjekte selbst als zuständig für ihre „Beschäftigungsfähigkeit“ bezeichnet und ihnen selbst die Schuld an ihrer Arbeitslosigkeit zuschiebt (schuld ist also nicht die herrschende Organisation und Verteilung von Arbeit in einer Gesellschaft, die Überflüssige produziert).

In der Innenpolitik geht es im staatlichen Sicherheitsdiskurs darum, Unsicherheit und Verbrechen nicht nur demonstrativ zu überwachen und zu bekämpfen, sondern zunächst einmal als Bedrohung vorzuführen und auszustellen. Loic Wacquant hat dafür in seinem Buch *Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung sozialer Unsicherheit* den schönen Begriff der

Kleine Proteste gegen die Geier über der Universität.



Strafverfolgungspornografie geprägt. Er hat aufgezeigt, dass die in allen westlichen Staaten rapide angestiegenen Gefängnisbevölkerungen nicht auf steigende Kriminalitätsraten, sondern auf einen veränderten staatlichen Begriff von Unsicherheit und eine veränderte staatliche Bestrafungspraxis zurückgeht.

In der Bildungs- und Hochschulpolitik schließlich hat der staatliche Eingriff in die Selbstverwaltung zu einem vollständig gewandelten Verständnis von Bildung geführt. Hier kann man exemplarisch sehen, dass bei all diesen Reformen die Durchsetzung von politischen wie ökonomischen Interessen und Präferenzen bezweckt ist, vor allem aber die Durchsetzung von Begriffen. So hat der Siegeszug des Begriffs „Humankapital“ die Ökonomisierung der Bildung nicht nur begleitet, sondern überhaupt erst ermöglicht.

Überall hat die Symbol-Gewalt des Staates im letzten Jahrzehnt ein neues Bild der Realität und des Menschen durchgesetzt. Im Diskurs der Deregulierung und des „Reformstaus“ (man erinnere sich nur an die berühmte „Ruck-Rede“ des früheren Bundespräsidenten Herzog) ist es so zu einem Übermaß an staatlichen Reformen und damit zu fundamentalen Umwälzungen der Gesellschaft gekommen.

Es sind diese zunehmend deutlich werdenden Umwälzungen und die zunehmend ins Bewusstsein tretenden negativen Folgen für die meisten Betroffenen (insbesondere Arbeitnehmer und Arbeitslose, Schüler, Lehrer und Eltern, Studierende und Hochschuldozenten), die heute eine „wutdurchtränkte Apathie“ erzeugen. Ein wachsendes Gefühl der Ohnmacht ergreift das Volk.

Der Blick auf die Art und Weise, wie die meisten Entscheidungen zustande gekommen sind, zeigt recht genau, worin das Problem liegt: Alle wichtigen Reformen der jüngeren Gegenwart kamen auf eher undemokratische Weise zustande. Es ist also kein Zufall, dass sich nun zeigt, wie sehr sie den Interessen der Bevölkerungsmehrheit widersprechen. Besonders verheerend wirken in dieser Situation die Besetzung des Reformbegriffs durch die staatliche und die parastaatliche Expertokratie ver-

schiedener Eliten, Berater, Interessengruppen und Gerichte – und die Usurpation des Begriffs des Gemeinwohls durch private Profitinteressen im Rahmen der parteiübergreifenden staatlichen Programmatik von „Wachstum und Beschäftigung“. Der Begriff der Reform hat heute jede progressive Konnotation verloren; er ist eine reaktionäre und antidemokratische Kategorie des technokratischen Staates der Gegenwart geworden.

Die Illusion, es gebe (anstatt politische, also notwendig umstrittene und parteiliche) ausschließlich sachlich gebotene, notwendige oder objektiv gerechte Entscheidungen, ebnet den Weg in die Postdemokratie. Diese Illusion begleitet auch noch die gegenwärtigen Debatten über die zunehmend als notwendig erachteten Reformen der Reformen von Hartz IV oder Bologna. Es entsteht ein permanenter Reformbedarf, der wiederum im expertokratischen Modus der Fehlerkorrektur in Angriff genommen wird. Der politischen Debatte raubt man dadurch ihr Lebenselement: den Streit um Alternativen, das heißt um alternative gesellschaftliche Richtungsentscheidungen. Wenn aber das Prinzip der jeweiligen Reformen (des Bologna-Prozesses wie der Hartz-Reformen) prinzipiell, wie alle politischen Beteiligten betonen, nicht in Frage gestellt werden darf, dann erübrigt sich eigentlich die Debatte.

Wir müssen davon ausgehen, dass die Entpolitisierung und Entdemokratisierung der Politik auf irgendeine Weise mit unserer Einwilligung geschieht. Fragen wir einmal, mit welchen Herrschaftstechniken dies bewerkstelligt wird. An erster Stelle steht das *divide et impera*. Die Politik der neoliberalen Reformen setzt eine zunehmende Entsolidarisierung der Gesellschaft durch. An die Stelle gemeinsam vereinbarter demokratischer Regelungen der Sozialbeziehungen treten autoritär durchgesetzte Ent-Regelungen der Solidarbeziehungen. Die solchermaßen vom Staat durchgesetzte neue Mentalität ist der Sozialdarwinismus: die Glorifizierung des Kampfes aller gegen alle. Wer aber immer mehr dazu gezwungen ist,

ums eigene Überleben zu kämpfen, der wird sich irgendwann tatsächlich unsolidarisch verhalten. Loic Wacquant bezeichnet die entsprechende Herrschaftstechnik als Regierung (mit) der sozialen Unsicherheit. Sie umgreift Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Hochschulpolitik, Sicherheits- und Strafjustizpolitik.

Eine zunehmende Verunsicherung der Bevölkerung ist der Demokratie nicht förderlich. Den meisten Menschen fehlen für eine aktive und sozial engagierte demokratische Beteiligung drei wesentliche Ressourcen: soziale Sicherheit, Vertrauen, und freie Zeit (Max Weber hatte bereits „Abkömmlichkeit“ als wesentliche Voraussetzung für die Teilnahme an politischer Arbeit bezeichnet).

Die Phänomene der Politikverdrossenheit und Entdemokratisierung sind nicht objektive oder notwendige Begleitphänomene der Globalisierung und Europäisierung der Politik. Sie sind gesellschaftlich und durch staatliche Politik, in letzter Instanz durch staatliche Erziehung und symbolische Gewalt durchgesetzte neue Gewohnheiten und Einstellungen der Welt gegenüber. Die politische Resignation der Bevölkerungsmehrheit ist zugleich Voraussetzung und Folge der Durchsetzung einer neuen Gesellschaftsordnung. Resignativ ist die Anerkennung des schieren Gewichts, der Übermacht der bestehenden Realität. Die Macht der objektiven Tatsachen quittieren wir zu oft mit einer Mischung aus Zynismus und Wut.

In Frankreich: Die Politik, Bürger, ist deine Sache.



Diese Mischung ist nichts anderes als das Zeichen politischer Ohnmacht.

Sie bezeichnet aber auch das Entstehen eines neuen Weltbildes – eines Welt- und Menschenbildes, das der darwinistischen Vision sozialer Verhältnisse als permanentem Kampf angemessen ist. Eine neue Kultur der Härte und Männlichkeit, des Opfers und der Entsagung ist so entstanden. Diese Kultur wird wiederum vom Staat durchgesetzt und vorgelebt: Arbeitszeitverlängerungen im Öffentlichen Dienst, Verschärfungen des staatlichen Überwachens, Forderns und Bestrafens in der Innen- und Sozialpolitik. Der aktivierende Staat der Gegenwart ist ein strafender Staat. Er hat, wie Bourdieu früh erkannte, seine „weibliche“, schützende Seite immer mehr zugunsten der „männlichen“, strafenden Seite zurückgenommen. Hinter den unzähligen Maßnahmen des Sparens und Reformierens, hinter dem neoliberalen Diskurs des vermeintlich schwachen, reformunfähigen Staates steht in letzter Instanz eine neue Form des aktivistischen Staates, der sich durch zunehmende Härte und „Männlichkeit“ auszeichnet.

Im Kern der neoliberalen Staatsformation steckt einerseits die Gewöhnung des demokratischen Volkes an seine eigene Ohnmacht und Inkompetenz in politischen Dingen. Andererseits steckt darin ein Projekt der Verschleierung der Realität und der politischen Alternativen. Verschleiert wird die Sinnlosigkeit des ganzen Apparats der Arbeitsplatzbeschaffung und Förderung von Beschäftigung. So verbirgt sich der Charakter hoheitlicher Verwaltung zum Beispiel der staatlichen Arbeitsverwaltung hinter einer neuen Semantik von „Agentur“, „Beratung“ und „Kundenservice“. Der zwangs- und strafbewehrte Charakter der Bundesagentur für Arbeit aber hat sich gerade in Folge der Hartz-Reformen und der von McKinsey ins Werk gesetzten Organisationsreform erheblich verschärft. Die Semantik der „Eingliederungsvereinbarung“, die der Arbeitslose mit der Agentur eingeht, simuliert Freiwilligkeit und Vertragsfreiheit und verschleiert den Zwangscharakter und die Machtasymmetrien zwischen den „Vertragspartnern“. Wer

sich dem offensichtlichen Zynismus eines solchen Systems ausliefert, droht der Demokratie auf Dauer abhandenzukommen. Denn es ist ja unser eigener Staat, es sind wir alle, die sich das gegenseitig antun.

Ich plädiere dafür, die erzieherische und weltbildende Funktion staatlicher Politik nicht zu unterschätzen. Eine andere Politik, die auf andere demokratische Weise zustande käme, formte und prägte die Staatsbürger auf ganz andere Art und Weise. Das eigentlich Schlimme ist, dass sich immer mehr Menschen an die herrschenden Zustände gewöhnen: an die Übermacht der Verhältnisse und an den schamlosen Betrug, der in allen Bereichen eingeübt wird: das Frisieren von Arbeitslosenstatistiken durch alle möglichen Maßnahmen und Ein-Euro-Jobs; die grassierende Bilanzfälschung in den Unternehmen; die an stalinistische Praktiken erinnernde Willkür der staatlichen Antrags- und Bewilligungsbürokratie im Zeichen von Leuchttürmen, Elite-Universitäten und Exzellenzclustern.

Es ist zu fragen, warum wir solchen Phänomenen so wehrlos gegenüberstehen. Zum einen meine ich tatsächlich, dass viele die Gewalt des Staates unterschätzen, die hier im Spiel ist. Zum anderen scheint mir das Problem in der Usurpation des Reform- und Fortschrittsbegriffs durch die Kräfte der Unfreiheit und Ungleichheit zu liegen. Die neoliberale Reformpolitik hat es geschafft, die kulturelle Hegemonie zu übernehmen und sich mit den Begriffen Zukunft und Fortschritt zu verbinden. Dadurch wurden bisher alle Gegenkräfte in die politische Defensive gedrängt. Sie erscheinen als reaktive Kräfte der Beharrung und Besitzstandswahrung. Hier, in der strukturellen Orientierungslosigkeit des politischen Diskurses, liegt vielleicht das größte Hindernis für ein fortschrittliches demokratisches und soziales politisches Projekt in der Gegenwart. Es gelingt dem herrschenden Machtblock, die Gegner in eine populistische und nostalgische Ecke zu drängen. Solange aber eine soziale und demokratische Politik nur versucht, in rückwärtsgewandter Manier vergangene Sicherheiten und Gewissheiten zu retten, so lange kann es kein

wirklich fortschrittliches Projekt geben – und also auch keine lebhaft demokratische Debatte über Alternativen. So lange wird in der Gegenwart weiter ein autoritärer und technokratischer Staat durch Furcht und Verunsicherung regieren.

Eine inspirierende, bewegende und solidarische Kraft kann nicht aus der Verteidigung existierender und zunehmend bedrohter sozialer Besitzstände von immer weniger Privilegierten erwachsen. Sie muss aus einem neuen politischen Projekt kommen: aus einem Kampf für neue soziale Rechte im Rahmen eines fortschrittlichen demokratischen, sozialen und ökologischen Projekts. Aus einem Projekt der Solidarität zwischen den Klassen, Geschlechtern, Völkern und Generationen.

Der Sozialstaat müsste in diesem Zusammenhang neu erfunden werden. Er muss abgelöst werden von der obsoleten Idee der Vollbeschäftigung und des Normalarbeitsverhältnisses. Er muss ersetzt werden durch neue soziale Rechte wie ein bedingungsloses Grundeinkommen und durch neue soziale und ökonomische Regeln und Konventionen der Arbeitszeiten, speziell eine erhebliche Verringerung und kollektive Neuverteilung der Arbeitszeiten. Bei den Produktionsformen und Produktionszielen entspricht dem das ökologische Programm einer radikalen Begrenzung des Wachstums: der

Regieren mit sozialer Unsicherheit? Verbrannte Autos, Paris, 2005.



Abachel, Wikimedia

Übergang von einer quantitativ zu einer qualitativ verstandenen Idee wirtschaftlichen Wachstums. Das ökologisch-soziale Reformprojekt der Zukunft wird um zwei zentrale Forderungen herum gruppiert sein: einerseits um die Forderung einer gerechteren Verteilung von Reichtum, Einkommen, Arbeitszeiten und Fähigkeiten; und andererseits um die Forderung nach einer wirksamen Verabschiedung des Zwangs zur Produktion und Beschäftigung um jeden Preis auf der anderen Seite.

Damit wird auch deutlich, welche politischen Kräfte vielleicht am meisten zu lernen und bei ihrer programmatischen Selbsterneuerung den längsten Weg zu gehen haben: die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie. Nur wenn wir die Vorstellung der Vollzeitbeschäftigung in Erwerbsarbeit als Normalform und Normalfall der menschlichen Existenz überwinden, können wir die repressiven, stigmatisierenden und ausschließenden Effekte des aktivierenden Sozialstaats sowie die sozial und ökologisch zerstörerischen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaft überwinden. Anstatt den sozialen Kampf zu glorifizieren und die sozialen und ökologischen Ressourcen der Gesellschaft zu zerstören, müsste ein fortschrittliches Projekt neue Bedingungen sozialer

Zugehörigkeit formulieren. Dazu gehört eine neue soziale Grundnorm, die tatsächlich in der Lage wäre, den neuen Realitäten schrumpfender und diskontinuierlicher Beschäftigung gerecht zu werden. Ein neuer Gesellschaftsvertrag hat vor allem die Aufgabe einer neuen Verteilung der Erwerbsarbeit und der familiären Betreuungsarbeit: zwischen allen Männern und Frauen, zwischen Voll- und Überbeschäftigten hier, prekär Beschäftigten und Arbeitslosen dort. Die entsprechende neue soziale Grundnorm hätte dann beides zugleich zu sein: die Formulierung eines neuen sozialen Grundrechts und eine erziehende, Gewohnheiten schaffende neue soziale Wertsetzung.

Mit der sozialen Unsicherheit aber darf nicht mehr regiert werden. Sie zerstört nicht nur die Grundlage unserer Lebensqualität, sondern auch die der Demokratie. Die Wiederbelebung der Demokratie ist also kein Selbstzweck. Sie ist ein Projekt der praktischen Überwindung unserer politischen Ohnmacht. Sie ist ein Projekt, das sich nur dann lohnt, wenn in seinem Rahmen wirklich die demokratische Autonomie der Staatsbürger erprobt werden kann. Gegen die technokratische Diktatur der Sachzwänge müssten wir dann nicht nur theoretisch, sondern auch mit praktischer Macht die Frage stellen: Wie wollen wir leben?

UNSERE SCHULE

ein unbequemer – fröhlicher Ort





50 JAHRE



DERKSEN
GYMNASIUM

SEIT 1959
SPRACHLICH • NATURWISS.-TECHNOLOG.
STAATL. ANERKANNT • GEMEINN. GMBH

KLEINES PRIVATES LEHRINSTITUT

www.derksen-gym.de

Pfingstrosenstraße 73 • 81377 München
Telefon 089/78 07 07-0 • Telefax 089/78 07 07-10

- Weil Ihr Kind verpflichtet wird, an die anderen zu denken.
- Weil wir uns hier gegenseitig bestärken, einander zu vertrauen.
- Weil alle ermutigt werden, die Freiheit des Einzelnen in unserer Gemeinschaft zu schützen.
- Weil wir den Widerspruch erwarten.
- Weil wir uns zur Einübung von Pflichten bekennen, denn nur so lernt der Mensch Bindungen einzugehen.
- Weil wir im Interesse unserer Schüler auch dem Machtmissbrauch beherzt entgegenreten.
- Weil wir den Mut haben, miteinander fröhlich zu sein.

INTENSIVE BERATUNG UND VORBEREITUNG auf den Übertritt ins Gymnasium. Langjährige und gute Erfahrung mit Ein- und Umschulungen.